



Nr. 41

Berlin, 22. Oktober 2008

## Inhalt:

dbb fordert „Kooperationsmodell“ bei Neuorganisation der Arbeitsgemeinschaften – Heesen: Mitarbeiter und Öffentlichkeit nicht länger verunsichern+++

6. Europäischer Abend: „Schengen nach der Erweiterung – Eine erste Bilanz“+++

## Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

dbb schleswig-holstein: Ablehnung von erhöhter Wegstreckenentschädigung ist Kampfansage+++

dbb berlin: Fragwürdige Personalpolitik der Justizsenatorin+++

Einsatz der Bundeswehr im Innern - DPoIG: Gesetzesinitiative sofort stoppen+++

Vor dem Bildungsgipfel: Lehrgewerkschaften mahnen praktische Schritte an+++

BRH: Rentenanpassung dringend geboten+++

aktuelle

Namen und Nachrichten +++

## **dbb fordert „Kooperationsmodell“ bei Neuorganisation der Arbeitsgemeinschaften – Heesen: Mitarbeiter und Öffentlichkeit nicht länger verunsichern**

Der dbb beamtenbund und tarifunion mahnt eine rasche Lösung für die Neuorganisation der Arbeitsgemeinschaften (ARGen) an, die nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom Dezember vergangenen Jahres notwendig geworden ist. Es müsse eine Konstruktion entwickelt und politisch festgeschrieben werden, die verfassungsrechtlich tragfähig ist und zugleich das bisher von ARGen wie Optionskommunen gewährleistete Leistungsniveau wahrt, schrieb dbb Chef Peter Heesen an Bundesarbeitsminister Olaf Scholz und den Vorstandsvorsitzenden der Bundesagentur für Arbeit (BA), Frank-Jürgen Weise. „Der dbb fordert, eine Lösung noch in dieser Legislaturperiode zu finden, um der wachsenden Unsicherheit der in den ARGen tätigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter entgegenzutreten.“ Zudem solle eine bei weiterer Verzögerung mögliche Verunsicherung der Öffentlichkeit vermieden werden, heißt es in dem Schreiben.

Der dbb plädiere dafür, die Leistungen beider Träger - Leistungen zum Lebensunterhalt und Eingliederungsleistungen einerseits sowie Leistungen für Unterkunft und Heizung andererseits - auch weiterhin aus einer Hand zu sichern. Deshalb spreche er sich für ein „Kooperationsmodell“ aus, bei dem beide Träger, Kommunen und Bundesagentur für Arbeit, zwar unter Wahrung ihrer Identität getrennt bleiben, aber inhaltlich, räumlich und organisatorisch eng verzahnt zusammenarbeiten. Das jeweilige Personal verbleibe damit bei Kommu-

nen oder BA, die weiter für statusrechtliche Entscheidungen zuständig sind. „Die Träger behalten im Grundsatz die Zuständigkeit für ihren Leistungsbereich. Im Rahmen einer koordinierten Fallbehandlung sollen Feststellungen, etwa zum verfügbaren Einkommen, für beide Träger verbindlich sein.“ Anzustreben sei eine einheitliche Geschäftsführung, so Heesen weiter. Zudem plädiere der dbb dafür, das Modell der Optionskommunen fortzuführen und zu entfristen.

(01/41/08)

## **6. Europäischer Abend: „Schengen nach der Erweiterung – Eine erste Bilanz“**

(dbb) Rund 350 Gäste waren auf Einladung des dbb und der Europa-Union Deutschlands am 15. Oktober 2008 ins dbb forum berlin gekommen, hatten sich doch hochkarätige Sicherheitsexperten angekündigt: Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble zog zehn Monate nach Wegfall der Grenzkontrollen zu den östlichen Nachbarstaaten eine positive Bilanz: „Schengen ist der lebende Beweis, dass Freiheit und Sicherheit keine Gegensätze sind, sondern sich ergänzen.“. Der nach der Öffnung registrierte Anstieg unerlaubter Einreise sei mittlerweile rückläufig, Kfz-Diebstähle hätten zwar zugenommen, „aber nicht so drastisch.“ Ein belastbares Lagebild für Deutschland sei jedoch noch nicht zu bekommen, so der Innenminister. Das „Mehr an Freiheit“ für fast 500 Millionen Bürger Europas stünde im Vordergrund.

Deutschland werde um eine Prioritätensetzung nicht umhinkommen. Innere Sicherheit werde dabei an Stellenwert zunehmen, prophezeite der dbb Bundesvorsitzende und Gastgeber des Abends, Peter Heesen. „Die Erkenntnis wächst, dass sich privat niemand schützen kann und der Staat gefordert ist“, so Heesen. Der Anerkennung Schäubles für die Arbeit der Polizisten des Bundes und der Länder schloss sich der dbb-Chef an. Die Öffnung des Personen- und Warenverkehrs sei eine positive Entwicklung und nicht mehr mit nationalen Sicherheitsstrukturen zu bewältigen.

Klaus H. Leprich, Bundesvorsitzender der Deutschen Zoll- und Finanzgewerkschaft und Vizepräsident der Union des Finanzpersonals Europas (UFE), schilderte die Probleme des Zolls. Schengen habe es den Zöllnern schwerer gemacht. Personal und Technik brauche der Zoll, um seine Aufgaben erfüllen zu können. Nur ein Bruchteil der importierten Waren könne derzeit kontrolliert werden. Ebenso sehe es bei illegaler Beschäftigung über die Grenzen hinweg aus. „Dabei führt ein Viertel der Kontrollen zu Strafverfahren wegen illegaler Beschäftigung“, so Leprich. Auch die Bundespoli-

zei sei trotz Wegfall der Grenzkontrollen weiter „bis an den Rand beansprucht“, so Rainer Wendt, Bundesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPOIG). Immer öfter müssten Bundespolizisten ihre Kollegen aus den Ländern unterstützen, da dort kontinuier-

lich Planstellen eingespart würden. Zudem fehle es den Kollegen der mobilen Kontrolleinheiten an moderner Technik und IT. (02/41/08)

## **Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften**

### **dbb schleswig-holstein: Ablehnung von erhöhter Wegstreckenentschädigung ist Kampfansage**

Der schleswig-holsteinische Finanzminister Rainer Wiegard hat die vom dbb schleswig-holstein geforderte Erhöhung der Wegstreckenentschädigung abgelehnt. Der dbb schleswig-holstein wertete dies am 20. Oktober 2008 als „Kampfansage“.

Die Entschädigung steht öffentlich Beschäftigten zu, die ihr privates Fahrzeugen für dienstliche Zwecke zur Verfügung stellen. Mit Blick allein auf die gestiegenen Lebenshaltungskosten hatte der dbb Landesbund eine Anhebung gefordert.

In seiner knappen Antwort sah der Finanzminister dafür keine Notwendigkeit, teilte der dbb schleswig-holstein mit. Dabei verkenne Wiegard aber zweierlei, erklärte die Landesbundvorsitzende Anke Schwitzer: Zum Einen, dass durch den Einsatz von privaten Fahrzeugen für dienstliche Zwecke dem Land erhebliche Kos-

ten erspart bleiben. Andererseits bringe die dienstliche Nutzung auch einen nicht unerheblichen Anteil am Wertverlust des Fahrzeuges mit sich.

Schwitzer weiter: „Anders als Minister und Staatssekretäre haben die Beschäftigten in Schleswig-Holstein nicht die Möglichkeit, für jede Dienstreise – und daneben für Privatfahrten - einen Dienstwagen zu nutzen.“ Man könne unter diesen Umständen keinem Beschäftigten mehr empfehlen, den privaten PKW für Dienstreisen zur Verfügung zu stellen. (02/41/08)

### **dbb berlin: Fragwürdige Personalpolitik der Justizsenatorin**

(dbb) Der dbb berlin hat Justizsenatorin Gisela von der Aue eine „fragwürdige Personalpolitik“ vorgeworfen. Die Absicht der Senatorin, Stellen des Leitungspersonals der Strafverfolgungsbehörden durch Änderung des Landesbesoldungsgesetzes um je eine Besoldungsgruppe heben zu lassen, lasse Zweifel an der Aufrichtigkeit der Personalpolitik aufkommen, wenn gleichzeitig mindestens 20 Stellen für Staatsanwälte sowie 32 Stellen für Richter und 34 Stellen für Justizvollzugsoberssekretäre nicht besetzt sind, erklärte der Berliner dbb Landesbund am 20. Oktober 2008.

Joachim Jetschmann, Landesvorsitzender des dbb berlin, sagte: „Es ist zwar richtig, dass die Ämter des Leitungspersonals der Berliner Strafverfolgungsbehörden neu bewertet werden, nachdem bereits vor Jahren im Zuge der Übertragung der Dienstbehördeneigenschaft auf die Gerichte unter anderem die Ämter der Gerichtspräsidenten/-innen aufgewertet worden sind. Da aber fast zeitgleich mit der Vorlage der Gesetzesinitiative zur Hebung der Stel-

len bekannt wurde, wie viele Stellen für Richterinnen und Richter sowie Staatsanwältinnen und Staatsanwälte sowie im Justizvollzug unbesetzt sind, erhält die besoldungspolitische Initiative einen sehr bitteren Beigeschmack.“

„Wenn die Berliner Justiz es sich leisten kann, über 50 (!) Stellen des staatsanwaltlichen bzw. richterlichen Dienstes und fast 40 Stellen des Justizvollzugsdienstes nicht zu besetzen, so

dass die Ermittlungsarbeit der Staatsanwaltschaft und die schwierigen richterlichen Aufgaben sowie des Justizvollzuges erheblich vernachlässigt werden müssen, ist sie mit einer

anderen personalpolitisch positiven Maßnahme nicht ernst zu nehmen," so Jetschmann. (03/41/08)

## **Einsatz der Bundeswehr im Innern - DPoIG: Gesetzesinitiative sofort stoppen**

(dbb) Die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG) hat die Weigerung zahlreicher SPD-Abgeordneter, dem Gesetzentwurf zum Einsatz der Bundeswehr im Landesinnern zuzustimmen, ausdrücklich begrüßt und die Regierung aufgefordert, das Projekt zu stoppen. Die Änderung des Grundgesetzes sei überflüssig und gefährlich, sagte der DPoIG-Bundesvorsitzende Rainer Wendt am 16. Oktober 2008.

Die Landesregierungen würden die Möglichkeit, Streitkräfte als Hilfspolizisten einsetzen zu können, als Startsignal für weiteren Personalabbau bei den Polizeien der Länder verstehen, zeigte sich Wendt überzeugt. „Dafür gibt es etliche Anzeichen. Der beabsichtigte Ausnahmefall würde dann rasch zur Regel. Der Gesetzentwurf sollte angeblich nur den Waffengebrauch im Falle einer Amtshilfe durch das Militär regeln, in Wahrheit geht er viel weiter und legitimiert den Einsatz von Soldaten in

nahezu allen polizeilichen Großlagen, das ist absolut unakzeptabel.“

Die Überschneidungen von äußerer und innerer Sicherheit könnten durch gut funktionierende Informationssysteme, logische und konsequente Organisationsstrukturen sowie ausreichendes Personal bewältigt werden, ohne dass ständig an der Verfassung Veränderungen vorgenommen werden, so Wendt. (04/41/08)

## **Vor dem Bildungsgipfel: Lehrgewerkschaften mahnen praktische Schritte an**

(dbb) Vor dem Bildungsgipfel mit Bundeskanzlerin Angela Merkel haben die Chefs von Lehrerverbänden im dbb praktische Schritte angemahnt, um den negativen Entwicklungen im Bildungssektor – wie etwa dem eklatanten Lehrermangel – zu begegnen.

So müsse man darüber sprechen, wie man Mathematik und Naturwissenschaften bei Schülern wieder beliebter machen kann, damit man langfristig wieder mehr Lehramtsstudenten für diese Fächer gewinnt, sagte der Vorsitzende des Deutschen Philologenverbandes (DPHV), Heinz-Peter Meidinger, dem Online-Portal der Wochenzeitung „Die Zeit“ (Ausgabe vom 21. Oktober 2008). „Eine weitere Möglichkeit ist es, mit Geld aus der Wirtschaft einen Stipendienfonds zu gründen, um damit die Gehälter von Referendaren aufzubessern.“ Auch eine leistungsorientierte Bezahlung von Lehrern könnte dazu beitragen, dass Studienanwärter den Beruf als Aufstiegsberuf wahrnehmen, so Meidinger. Ein großes Problem seien auch die von Bundesland zu Bundesland unterschiedlichen Inhalte der Lehrerausbildung.

Der Vorsitzende des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE), Ludwig Eckinger, forderte am 20. Oktober 2008 im Deutschlandradio eine nationale Bildungsstrategie von Bund und Ländern und warb für einen „deutschen Lehrerbearbeitungsmarkt“. Es sei eine „Katastrophe“, dass bei Stundenausfall nicht einmal mehr eine Unterrichtsgarantie gegeben werden könne. Die durch verringerte Schülerzahlen in den nächsten Jahren frei werdenden Mittel müssten unbedingt im Bildungssystem verbleiben, so Eckinger. Auch mit dem Problem, dass von den 800.000 Lehrerinnen und Lehrern in den nächsten 15 Jahren etwa 300.000 in Pension gehen, müsse sich der Bildungsgipfel befassen. (05/41/08)

## BRH: Rentenanpassung dringend geboten

(dbb) Der Seniorenverband BRH hält die vorgesehene Rentenanpassung um 2,75 Prozent im Juli 2009 für „dringend geboten“. Der Widerspruch aus Wirtschaftskreisen gegen diese Pläne bezeichnete der BRH am 22. Oktober 2008 als einen weiteren Versuch, das Rentensystem in Misskredit zu bringen. Der BRH-Vorsitzende Herbert Bartsch forderte die Politik auf, „diesen durchsichtigen Bemühungen zu widerstehen. Die gesetzliche Rente soll offenbar derart verringert werden, bis jedes Vertrauen in das System verloren gegangen ist“, sagte Bartsch.

Jahrelang sei versucht worden, die Rente schlecht zu reden. Gleichzeitig wurde den Menschen empfohlen, durch Erwerb von Aktien und Zertifikaten für das Alter vorzusorgen. Dieses ganze Denkgebäude sei jetzt in sich zusammengefallen, sagte Bartsch mit Blick auf die Finanzkrise.

„Die deutschen Rentner haben in den letzten Jahren erhebliche Verluste erlitten. Anpassungen hat es nicht gegeben, gleichzeitig sind die Preise teilweise drastisch gestiegen“, so Bartsch weiter. Deshalb sei die bescheidene Anpassung dringend geboten.  
(06/41/08)

## Namen und Nachrichten

(dbb) In einem Beitrag für die „Zeitschrift für Rechtspolitik“ (Ausgabe Oktober 2008) hat sich der dbb Bundesvorsitzende Peter Heesen noch einmal einer Einbeziehung der Beamten in das Rentensystem eine klare Absage erteilt. „Indem man immer mehr Beschäftigtengruppen in die Rentenversicherung zwingt, löst man kein einziges ihrer strukturellen Probleme“, schrieb Heesen in seinem Artikel. „Das verfassungsmäßig geschützte Alimentationsprinzip gilt auch im Ruhestand.“

Der Konsultationskreis zur Umsetzung der Modernisierungs- und Fortbildungsvereinbarung von Bundesinnenministerium, dbb und DGB hat sich am 8. Oktober 2008 im Bundesinnenministerium zu seiner 3. Sitzung getroffen. Der dbb war durch den stellvertretenden Bundesvorsitzenden, Heinz Ossenkamp, sowie den Bundesvorsitzenden des VBOB, Hans-Ulrich Benra, den Bundesvorsitzenden des BDZ, Klaus-Hilger Leprich, und durch den Bundesvorsitzenden des FWSV, Torsten Müller, vertreten. Gegenstand der Sitzung waren die Einführung des elektronischen Dienstausweises sowie der Auf- und Ausbau von Kompetenz- und Dienstleistungszentren im Bereich der Bundesverwaltung.

Zum Tod von zwei Bundeswehrsoldaten, die am 20. Oktober 2008 beim Anschlag eines Taliban-Selbstmordattentäters in Afghanistan ums Leben kamen, erklärte der Verband der

Beamten der Bundeswehr (VBB): „Wir trauern um die getöteten Kameraden. Ihren Angehörigen gilt unsere Anteilnahme und Mitgefühl. Den Verletzten wünschen wir eine schnelle und vollständige Genesung.“

Der dbb brandenburg wird seinen 4. Ordentlichen Gewerkschaftstag am 26. Juni 2009 in Potsdam durchführen. Das teilte der Vorsitzende des Landesbundes, Heinz-Egon Müller, am 22. Oktober 2008 mit. Im Rahmen des Gewerkschaftstages wird es auch ein öffentliche Veranstaltung geben.  
(07/41/08)